

Kriegswirtschaftliche Kommission.

Die Petroleumzentrale.

Wien, 28. September.

Die Kriegswirtschaftliche Kommission beendete gestern ihre Beratungen über die Petroleumzentrale.

Auf eine Reihe von Fragen des Vorsitzenden erwidert Ministerialsekretär Dimich, die Erdölbergbaue in Galizien sind größtenteils auf den Betrieb mit Rohöl eingerichtet. Das bei den Gruben zu motorischen Zwecken verwendete Rohöl ist von den Werksbestyrern der Bergbehörde stets ausgewiesen, sie unterliegen diesbezüglich einer strengen Kontrolle. In der übrigen handelt es sich um nicht besonders ins Gewicht fallende Mengen, die der Verheizung zugeführt werden. Eine fraudulose Gebahrung aus dem Titel der Verfeuerung des Rohöls kann kaum angenommen werden, weil die Manipulation durch die Abgabe an die Lagergenossenschaften so straff organisiert ist, daß es sehr schwer möglich ist, irgendwelche größere Mengen von den Gruben unkontrolliert wegzubringen. Die Freigabe von Rohöl ist derzeit überhaupt nicht aktuell, weil das gesamte Rohöl sofort ab Grube in die Raffinerien disponiert wird und keine Mengen mehr freigegeben werden, so daß in den Handel nichts kommen kann. Vorsitzender Seitz hält es für notwendig, daß die Regierung erwäge, ob es nicht möglich wäre, das die Militär-

verwaltung gerade so wie jeder andere Konsument ihren Bedarf beim Handelsministerium anzeigt, im Wege der Zentrale wie jeder andere Konsument beliefert wird, und man auf diese Art genau weiß, was und welche Mengen geliefert und wozu sie verwendet werden.

Präsident der Petroleumzentrale Priester unterstützt diesen Wunsch des Vorsitzenden, macht jedoch darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit dadurch erschwert wird, daß der Heeresverwaltung selbst eine Fabrik zur Verfügung steht, deren Erzeugungsmengen allerdings nicht genügen.

Ministerialsekretär Dr. Wolny gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine Regelung der Situation zugunsten der Zivilverwaltung in die Wege zu leiten.

Experte Kommerzialrat Kainz bemerkt: Ueber die Verteilung durch den Handel liegen keine Beschwerden vor, dagegen über die unzureichenden Quantitäten. Bei der Verteilung der Mengen werde gegen den Handel eine besondere Rücksichtslosigkeit verübt, indem die Zustellung und der Engrosvertrieb gänzlich von den Erzeugern selbst vorgenommen werden. Redner legt dar, wie gering der Nutzen sei, mit dem der Handel bei einer Reihe der wichtigsten Artikel arbeiten müsse, welchen außerordentliche Steuerbelastungen er auf der anderen Seite ausgesetzt sei, und stellt im allgemeinen sowie speziell auch an die Petroleumindustrie das Ersuchen, daß zumindest nach Kriegsende der Handel wieder in seine alten Funktionen eingeschaltet werde.

Eine Frage der Expertin, Frau Freund-Markus, ob seit der Inbetriebsetzung der rumänischen Gruben die an Deutschland abgegebenen Quantitäten Gasöl gesunken seien, wird vom Direktor Zwillingger dahin beantwortet, daß dies in bedeutendem Maße geschehen sei. Die Expertin bespricht sodann den Petroleumbedarf der geistigen Arbeiter, speziell auch der Studenten und der Lehrer.

Vorsitzender Seitz stellt die Frage, ob es möglich sei, daß innerhalb eines Konsumgebietes, zum Beispiel der Stadt Wien, die Petroleumqualitäten große Verschiedenheiten aufweisen. Weiter fragt er, ob irgendwelche Vorschläge für Maßregeln gegen den Schleichhandel für Petroleum gemacht werden könnten.

Präsident der Petroleumzentrale Priester erklärt, es stehe außer Zweifel, daß die Qualität des Petroleums eine wesentlich bessere geworden sei, und zwar nicht nur gegenüber den früheren Kriegsjahren, sondern auch gegenüber dem Friedenszustand. Was jetzt in den Verkauf kommt, sei das, was in Friedenszeiten unter dem Titel „Katheröl“ verkauft worden sei. Qualitätsunterschiede erscheinen ausgeschlossen, da die Fabriken nach einem vorgeschriebenen Schema arbeiten müssen. 80 Prozent unseres Rohöls gehören einer Marke an. Wogegen steht aber der Nachteil, daß das Petroleum auf Grund behördlicher Verordnung infolge des Mangels an den nötigen chemischen Materialien nicht raffiniert werden darf, und der wesentliche Mangel in der Qualität der Wochte. Auch die Möglichkeit, daß bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen Verunreinigungen des Petroleums eintreten, sei nicht auszuschließen. Gegen den Schleichhandel sei keine Handhabe zu finden, die einzig wirksame wäre eine genügende Belieferung der Bevölkerung.

Ministerialsekretär Dimich bezeichnet als eine der Hauptursachen des Schleichhandels die Verschlechterung der Sicherheitsverhältnisse. Diebstähle an den Petroleumtransporten seien auf der Tagesordnung.

Vorsitzender Seitz bemerkt in seinem Resümee, die meisten der erhobenen Klagen richten sich nicht gegen die Regierungsverfügungen. Die Kommission fordert, daß die volle Erfassung der Gesamtproduktion, also auch der Produktion in Rimanowa und der ararischen Fabrik Drohobycz, ermöglicht werde. Die allerheftigste Klage betreffe die geringen Mengen, die dem Konsum zugeführt werden. Die Kommission muß fordern, daß bei aller Freundschaft für das Deutsche Reich der Export nach Deutschland tunlichst eingeschränkt werde. Auch bei dieser Gelegenheit ergehe an die Regierung die Aufforderung, sich genaue Kenntnis darüber zu verschaffen, ob das nach Deutschland gelieferte Petroleum auch wirklich in Deutschland verwendet und ob es nicht von Deutschland exportiert wird. Der aus einem solchen Export Deutschlands erfließende Valutagewinn und der Gewinn durch die Kompensationen müßte für Oesterreich bereitgestellt werden, da Deutschland einerseits mehr Kompensationsartikel hat als wir und weil andererseits die Einfuhr von Kompensationsartikeln nach Oesterreich sehr beschränkt ist und wir diese Kompensationsartikel sehr notwendig brauchen.

Auch eine große Zahl geistiger Arbeiter und viele andere Kreise der Bevölkerung haben den Anspruch auf eine höhere Beteiligung mit Petroleum. Gewonnen kann dieser Mehrbedarf nur dadurch werden, daß die Heeresverwaltung sich weise behaltet, daß die der Heeresverwaltung ebenso wie die der deutschen Heeresverwaltung zugewiesenen Kontingente eingeschränkt werden. Weiter fordert die Kommission die Regierung auf, alles aufzubieten, um dem Schleichhandel entgegenzutreten. Zu diesem Zwecke wäre es unbedingt nötig, daß die heute nur für Wien und einige wenige Konsumorte geltende Rayonierung allgemein durchgeführt wird.

Mit der Verhandlung über die Petroleumzentrale habe die Kommission ihre Beratungen über die Zentralenwirtschaft überhaupt beendet. Die Verhandlungen der Kommission haben in vielen Belangen schon heute Abhilfe bewirkt, es werde aber noch notwendig sein, auch durch formelle Beschlüsse der beiden Häuser an die Regierung Beschlüsse über die öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Bedarfsartikel ergehen zu lassen.